

KRITIK AN CO₂-GESETZ

«Nach 18 Monaten Klimastreik ist das ein mickriges Gesetz»

Geht es nach dem Nationalrat, dürften Fliegen, Tanken oder Heizen künftig teurer werden. Kritik am neuen CO₂-Gesetz kommt sowohl von der Klimajugend als auch von der SVP.

Claudius Seemann, 20Minuten, 2020-06-11

Abgaben auf Flugtickets, Benzin oder Brennstoff: Das beschloss der Nationalrat am Mittwoch mit der Revision des CO₂-Gesetzes. So soll künftig auf ein Flugticket eine Abgabe zwischen 30 und 120 Franken erhoben werden – abhängig von Flugdistanz und Reiseklasse. Gut die Hälfte der Erträge durch die Flugticketabgabe soll der Bevölkerung zurückgegeben werden, die andere Hälfte soll in einen Klimafonds fließen.

Zudem will der Nationalrat das Benzin verteuern. So müssen Treibstoffimporteure die CO₂-Emissionen künftig zu einem höheren Anteil kompensieren müssen, was im Inland mit einem Aufschlag auf die Benzinpreise umgesetzt wird. Der Aufschlag soll jedoch begrenzt werden: Bis 2024 soll die Kompensation den Liter Treibstoff um höchstens 10 Rappen verteuern dürfen, ab 2025 um bis zu 12 Rappen. Beim Brennstoff soll künftig eine Abgabe von bis zu 210 Franken pro Tonne CO₂ möglich sein.

Parteien von links bis tief ins bürgerliche Lager unterstützten die Verschärfungen. Die CVP sprach in einer Mitteilung etwa von einem «vollen Erfolg für den Klimaschutz».

Klimastreik findet Gesetz «katastrophal»

Anders sieht es die Klimastreikbewegung: Ihr gehen diese Massnahmen zu wenig weit. Bei der Bewegung ist man überzeugt: «Ohne den massiven Druck auf der Strasse wäre das Gesetz noch schlechter ausgefallen.» In einer Medienmitteilung kritisieren die Klimaaktivisten das CO₂-Gesetz heftig. «Das Gesetz ist absolut katastrophal und entspricht nicht den Forderungen des Klimastreiks», sagt etwa Mira Guggenbühl aus Thalwil ZH. Die Aktivistin Nina Elmiger aus Sempach LU nimmt vor allem die Arbeit des Parlaments in die Mangel: «Dass

nach über 18 Monaten riesiger globaler Proteste ein solch mickriges Gesetz herauskommt, ist ein Armutszeugnis für unser Parlament.»

Der Klimastreik möchte mit seinen Forderungen deutlich weiter gehen als der Nationalrat: Die CO₂-Emissionen bis 2030 sollen im Vergleich zu 1990 um 100 Prozent reduziert werden und nicht um 37,5 Prozent, wie es der Nationalrat beschlossen hat. Um dies zu erreichen, stellt die Klimajugend einen Krisenaktionsplan auf: Dieser beinhaltet unter anderem «ein sofortiges Flugverbot in Europa, eine Pflicht zu Solarpanels auf allen Häusern und eine Arbeitszeitverkürzung».

«Flugticketabgabe nicht zielführend»

Kritik am verschärften CO₂-Gesetz kommt vor allem von der SVP. Nationalrat Thomas Hurter ist sich sicher, dass gegen das Gesetz ein Referendum ergriffen wird. «Den Leuten wird das Geld regelrecht aus der Tasche gezogen.» Es finde eine riesige Umverteilung von Geldern statt. Hurter ist überzeugt, dass das Referendum zustande kommt. «Das Volk muss das letzte Wort haben.»

Laut Hurter, der auch Präsident des Luftfahrtverbandes Aerosuisse ist, wird das überarbeitete CO₂-Gesetz dem Klima nicht helfen – im Gegenteil: «Die Flugticketabgabe etwa veranlasst die Bevölkerung dazu, ab Flughäfen wie Mailand oder München zu fliegen. Das wird zu erheblichen Mehr- und Umwegverkehr führen.» Die Abgabe werde der exportorientierten und vom Tourismus lebenden Schweiz eher schaden. «Die Flugindustrie ist für die Schweizer Wirtschaft eine systemrelevante Branche. Dies hat der Bundesrat immer wieder betont, und dies zeigt auch seine finanzielle Unterstützung im Rahmen der Corona-Krise», so Hurter.